



Zur BT-Wahl



Seiten 4-5

Maifest



Seite 6

Kitas im Norden



Seite 9

Nach der Schlacht

Aus der BVV

In der ersten BVV-Tagung, in der es nicht mehr um die Besetzung des Bezirksamtes ging, waren alle Beteiligten sichtbar um Entspannung der in den Wochen zuvor aufgeladenen Situation bemüht.

Ohne größere Diskussionen wurde eine umfangreiche Tagesordnung abgearbeitet, so daß die Bezirksverordneten erstmals seit langem auf einen Fortsetzungstermin verzichten konnten. Es schien, als wären die Matadoren

geradezu harmoniesüchtig geworden. Auffällig war die große Zahl an gemeinsamen Anträgen mehrerer oder gar aller Fraktionen. Für einigen öffentlichen Wirbel hatte im Vorfeld der fünften BVV-Tagung der Umstand gesorgt, daß erstmals seit 1990 PDS und CDU einen gemeinsamen Antrag einbrachten. Während das der PDS nicht weiter aufgefallen wäre, bemühten sich die Vertreter der CDU, diese Tatsache extra herauszustellen.

Gegenstand war der Versuch, den Bezirk, genauer gesagt: das Schloß Schönhausen, in der Diskussion um den Standort einer geplanten privaten Wirtschaftshochschule ins Spiel zu bringen. Beiden Fraktionen erschien das eleganter Weg, einerseits den andauernden Leerstand der Nebengebäude des Schlosses zu beenden und andererseits die öffentliche Zugänglichkeit des Schloßparkes zu sichern.

Wolfram Kempe

Unendliche Geschichte

ExtraDrei berichtete zuletzt in der November-Ausgabe 2001 über die ungewisse Zukunft des Kinderkrankenhauses in der Weißenseer HansasträÙe. Nach dem damaligen Erkenntnisstand, der auf den Antworten von Kleinen Anfragen von Ingeborg Simon (MdB) beruhte, soll die Immobilie im Jahr 2000 vom Bezirk an den Liegenschafts-

fond übergegangen sein, und sollte „in der zweiten Jahreshälfte 2001“ ausgeschrieben werden.

Laut einer Antwort, die der Bezirksverordnete Axel Bielefeldt im März auf eine Kleine Anfrage hin erhielt, ist nun wieder alles anders: Das Grundstück wurde „mit allen dazugehörigen Akten“ erst am 28. Februar 2001 an den Liegenschafts-

fond übertragen. Eine Ausschreibung sei nach Auskunft des Liegenschaftsfonds nunmehr für März/April 2002 „geplant“. Und zwar mit dem ausdrücklichen „Hinweis, daß Pflegeeinrichtungen an diesem Standort nicht erwünscht sind“. Das hat die Senatsverwaltung für Finanzen so entschieden. Wieso eigentlich? *Wolfram Kempe*

Nach Fertigstellung mit neuen Problemen

Die Straße von Heinersdorf nach Buchholz entlang der Straßenbahnlinie 50 ist vielen Berlinern als eine stark befahrene Hauptverkehrsstraße bekannt. Endlich gehen die Bauarbeiten in Französisch Buchholz ihrem Ende zu. Mit der Freigabe der Kreuzung Berliner Straße/Blankenfelder Straße für den Straßenverkehr Ende vergangenen Jahres entstanden neue Probleme für die Anwohner. Viele Autofahrer, unter

ihnen auch nicht wenige LKW-Fahrer, nutzen nun die Schönhauser Straße, um schneller in das Gewerbegebiet um die Buchholzer Straße zu kommen. Da die Schönhauser Straße an vielen Stellen Absenkungen und Querrillen trotz einiger Straßenreparaturen aufweist, werden bei den häufigen schnellen Durchfahrten von schweren LKW die Wohnhäuser, insbesondere die vielen Häuser älteren Baujahrs, schweren Erschütterungen ausgesetzt. Der Schulweg für die Kinder ist gefährlicher geworden und der Straßenlärm hat enorm zugenommen. Wie erwartet, wird das Verbot zur Ausfahrt stadtauswärts aus der Schönhauser Straße von vielen Fahrzeugen ignoriert. Die Polizei sieht sich außerstande das Verbot konsequent durchzusetzen. Im Ausschuß für Stadtentwicklung und

Verkehr der BVV wurde darüber beraten, wie man die Situation verbessern könnte. Maßnahmen, wie eine Einbahnstraße stadtauswärts einzurichten, die Fahrgeschwindigkeit auf 30 Stundenkilometer zu begrenzen, die LKW-Durchfahrt bei 7,5 Tonnen zu zulassen und das Parken beidseitig zu erlauben wären Schritte, die den Anwohnern entgegen kämen. Das Bezirksamt versprach im Ausschuß, sich für diese Probleme in der Senatsverwaltung und bei der Polizei einzusetzen. Der Ausschuß behält das Anliegen der Bürger unter Kontrolle und wird bei unzureichender Entwicklung das Landespolizeiverwaltungsamt und die Senatsverwaltung zur Ausschußsitzung Mai 2002 einladen.

Thomas Goetzke

Foto:
Klaus Gloede



Die Quadratur des Kreises

Johannes Lehmann (SPD), stellvertretender Bürgermeister und Bezirksstadtrat für Gesundheit und Soziales

Seit 1995 Mitglied der BVV Prenzlauer Berg, war er bis 2000 Fraktionsvorsitzender seiner Partei und Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit und Soziales. Er ist gelernter Drucker, studierter Theologe und 48 Jahre alt.

Wie kamen Sie zur Politik?

Wie viele andere auch mit den Umbrüchen des Jahres 1989. Die neue Möglichkeit, sich real in die gesellschaftlichen Prozesse in einem demokratischen Gemeinwesen einmischen zu können, habe ich als Aufatmen erlebt. Leider mußte ich bald feststellen, daß der Wille zur Weiterentwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik nur schwach ausgeprägt ist. Der in der Aufklärung erstmals postulierte und im Motto der Französischen Revolution – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – verdichtete Konflikt zwischen Freiheit und Verantwortung des Einzelnen hat immer noch keine Antwort gefunden. Die christliche Soziallehre scheint gerade bei den C-Parteien keine Rolle zu spielen. Dem Gemeinwohl fühlt sich Politik hierzulande manches Mal weniger verpflichtet, als offensichtlichen Klientelismus. Mir ist dagegen wichtig, die Mitwirkungsmöglichkeiten des Einzelnen zu erweitern, denn nur so läßt sich Demokratie ausbauen.

Wie wollen Sie dieses Credo in Ihre neue Tätigkeit einbringen?

Angesichts der Forderung, ausgerechnet bei der Sozialhilfe sparen zu sollen, während bei der Bank Milliarden verplempert werden, werde ich zunächst einmal wütend. Dabei geht es doch darum, im Unterschied zu einem abstrakten Gleichheitsprinzip Gerechtigkeit aufgrund der konkreten individuellen Bedürfnisse herzustellen. Die Möglichkeiten meines Geschäftsbereiches müssen dazu genutzt werden, den einzelnen Bedürftigen zu mobilisieren, seine Gängelung ab-

zubauen und ihm so mittelfristig wieder ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Das ist nur durch gleichzeitige Förderung und Forderung möglich.

Sind dazu die Voraussetzungen gegeben?

Ich begreife die Bezirksfusion auch als Chance zu einem wirklichen Neubeginn in dem Sinne, die bisherigen Denkstrukturen und Verfahrensweisen in den bis dahin drei unabhängigen Amtsbereichen auf den Prüfstand zu stellen und so den neuen Gegebenheiten anzupassen. Die gedankliche Loslösung von Hergebrachtem, von dem, was man „schon immer“ so gemacht hat, ist die wichtigste Voraussetzung, um die Effizienz der Ämter zu steigern, die Kommunikationswege zu verkürzen und die Hierarchien flacher zu gestalten. Wir müssen lernen, auch über Tellerränder zu sehen um Möglichkeiten der Quervernetzung verschiedener Ämter zu erkennen, damit Parallelarbeit vermieden wird. Beispielsweise sollte die Gesundheits- und Sozialplanung zusammengezogen werden. Ebenso können auch bezirkliche Angebote und Senatsprogramme wie das Quartiersmanagement oder der Aufbau von Stadtteilzentren zusammengeführt und damit in ihrer Effizienz gesteigert werden. Wollte man aber zunächst nur sparen und erst dann denken, wäre das grundfalsch. Das provinzielle Berlin muß geöffnet, gelüftet werden, aber unter rein finanziellem Diktum geht das nicht.

Und praktisch bedeutet das?

Die Diskussion um den Haushalt hat uns im Moment zwar ein wenig aus dem Tritt gebracht und abgelenkt, aber ich halte daran fest, daß die Verwaltung dahingehend umgebaut werden muß, zu einem Dienstleister für die Betroffenen zu werden, um ihnen den Zugang zu erleichtern. Ich stelle mir vor, daß eine verstärkte Einführung von Teamarbeit auch die Mitarbeiter entlastet,



aber das wird zunächst einmal zu prüfen sein. Eine andere Aufgabe wird darin bestehen, für die in meinem Bereich tätigen freien Träger weitere Förderwege zu suchen. In diesem Zusammenhang setze ich auf Vernetzung vor Ort, eine Einbindung der Träger in die Kiezstrukturen, in denen sie tätig sind, damit auch dort nicht so viel nebeneinander passiert.

Drittens ist absehbar, daß gerade im Gesundheitsbereich im Zuge der Aufgabenverlagerung etliche Arbeitsbereiche berlinweit zentralisiert werden. Hier muß eine Prüfung erfolgen, wo das sinnvoll ist, und wo nicht.

Wie wollen Sie Ihre Vorstellungen umsetzen?

Nur bei Überwindung ideologischer Barrieren ist es möglich, gemeinsam sachlich fundierte Lösungen im Sinne der Bürger zu finden. Die bisherige Art der Arbeit im Bezirksamt stimmt mich da optimistisch und ist für mich ein positives Signal. Ich denke, die unvoreingenommene Auseinandersetzung um Sachthemen ist unsere einzige Chance, abteilungsübergreifende Lösungen zu finden, und ich hoffe, daß andere das auch so sehen.

Interview: Wolfram Kempe

Direkt im Wahlkreis 84 Friedrichshain-Kreuzberg und Prenzlauer Berg Ost

Mit kommunalpolitischer Erfahrung



Seit Februar 2002 bin ich Abgeordnete im Deutschen Bundestag, nachgerückt für Gregor Gysi, der

Bärbel Grygier

Jg. 1955, 1973-84 Studium der Mathematik und Klinischen Psychologie an der Humboldt-Universität, 1986 Promotion zum Dr. rer. nat.; 1992-96 Bezirksstadträtin, ab 1996 Bezirksbürgermeisterin von Hohenschönhausen; 2000-02 Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg; seit Februar 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages

Wirtschaftssenator in Berlin wurde. Ich habe zehn Jahre in der Kommunalpolitik gearbeitet, erst als Gesundheitsstadträtin und später als Bürgermeisterin in Berlin-Hohenschönhausen. Im Januar 2001 wurde ich zur Bezirksbürgermeisterin in Friedrichshain-Kreuzberg gewählt.

Meine Entscheidung, das Mandat im Deutschen Bundestag anzunehmen und dort linke Politik zu gestalten, habe ich aus drei Gründen getroffen:

Erstens finde ich, daß kommunalpolitische Kompetenz und Erfahrung ins Parlament gehören. Wer weiß, mit welchen Problemen sich Städte und Kommunen plagen, wie Partizipation in einem kommunalen Gemeinwesen herzustellen und zu fördern ist, woraus sich dort Visionen und pragmatische Lösungen ergeben, wird im Bundestag in der Lage sein, den Finger auf jede Wunde zu legen und gute Projekte von schlechten zu unterscheiden.

Zweitens finde ich, daß gute Politikerinnen und Politiker in der Lage sein und Lust und Mut haben sollten, das, was sie begonnen haben, in gute Hände zu übergeben und an

anderer Stelle von vorn oder zumindest neu anzufangen.

Drittens habe ich Vorstellungen, die sich aus all dem speisen, was ich bisher gelernt und getan habe, und die ich nicht zu den Akten legen will: Wenn wir Gesundheit als physisches, psychisches und soziales Wohlbefinden begreifen, das herzustellen nur möglich ist, wenn angestrebte Veränderungen in allen Politikbereichen dieses Wohlbefinden im Auge haben, dann entspricht das meinem Politikansatz. Gesundheit läßt sich nicht mehr ohne Verbraucher- und Umweltschutz denken, unabhängig von Arbeitsbedingungen oder abgegrenzt von interkulturellen Ansätzen.

Ich weiß, daß man für derartige Projekte und politische Vorstellungen einen langen Atem braucht. Das heißt nicht, daß ich geduldig bin. Wer in der Politik geduldig ist, spielt immer mit der Zeit anderer.

Ich kandidiere für den kommenden Bundestag, weil ich mich gemeinsam mit all jenen, die sich in die Gesellschaft einmischen wollen, um sie zu verändern, für linke emanzipatorische Politik einsetzen will.

Dr. Bärbel Grygier

Kontrastprogramm: Zukunft

Im Gespräch mit Gernot Klemm, MdA und PDS-Bezirksvorsitzender

Als Delegierter der PDS Berlin Drei hast Du auf dem Rostocker Parteitag das Programm der PDS für die Bundestagswahlen mit beschlossen. Deutschland braucht mehr PDS, heißt es darin. Was haben die Leute davon, wenn sie PDS wählen?

Drei Schwerpunkte stehen im Mittelpunkt des von uns verabschiedeten Wahlprogramms: die PDS geht in die Bundestagswahlen als Partei der sozialen Gerechtigkeit, als Friedens- und Antikriegspartei, als Partei, die Ostdeutschland als Zukunftschance begreift.

Wir wollen, daß es in unserem Land friedlich, gerecht und demokratisch zugeht. Wählerinnen und Wähler brauchen eine Alternative zu einer Politik der sozialen Kälte, zu einer Politik des Krieges und der militärischen Gewalt, zu einer Politik, bei der die Jugend auch zwölf Jahre nach der deutschen Einheit im Osten kaum eine Chance sieht.

Diese Alternative bieten weder SPD noch Grüne, erst recht nicht CDU/CSU oder FDP. Sie alle drängen in die sogenannte Mitte. Rot-Grün ist die Identität abhanden gekommen. Bei der SPD verschwanden die linken Inhalte mit Lafontaine, die Grünen haben sie per Mehrheitsbeschluss in die Kiste ge-

packt. Deshalb: Dieses Land braucht eine linke Kraft – spricht: mehr PDS.

Die PDS will bei den Bundestagswahlen drittstärkste Partei werden, aber in der Opposition bleiben. Hat sie Angst zu regieren?

Der Beschluß des Parteitages ist eindeutig: Der gegenwärtige Regierungskurs kann durch uns nur mit einem beantwortet werden – mit klarer Opposition!

Die PDS will in Berlin fünf Direktmandate gewinnen. Nimmt sie damit den Mund nicht zu voll?

Die Ergebnisse der letzten beiden Wahlen zum Abgeordnetenhaus zeigen, daß es ein Wählerpotential der PDS in Berlin gibt, mit dem man fünf Wahlkreise gewinnen kann.

Direkt im Wahlkreis 77 Pankow, Weißensee und Prenzlauer Berg West

Jüngere und Ältere für bessere Politik

Liebe Wählerinnen und Wähler. Im Prenzlauer Berg bin ich zur Schule gegangen. Hier hat mein politisches Engagement angefangen. Und hier lebe ich seit 26 Jahren zusammen mit meiner Zwillingsschwester. An der Uni Potsdam stehe ich kurz vor meinem Studienabschluß in Jura.

Über mein außerparlamentarisches Engagement in der SchülerInnen- und StudentInnenbewegung sowie im Bündnis gegen Sozialabbau habe ich die PDS als verlässliche Bündnispartnerin kennen gelernt. Ich habe viele schätzen gelernt, die für soziale Gerechtigkeit auf die Straße gegangen sind. Das hat mich überzeugt, in der PDS aktiv zu werden.

Sicherlich finden Sie es ungewöhnlich, wenn eine junge Frau für Sie und in den Bundestag einziehen will. Ja, ich habe nicht Eure Erfahrung, aber ich rechne mit Eurer Erfahrung und brauche sie. Ja, ich will gegen die Ex-Bürgerrechtler, von denen manchmal nur ein Ex übriggeblieben ist, das Direktmandat gewinnen. Ich will zeigen, daß nicht nur ältere Männer, sondern auch junge Frauen gute Politik machen

können. Eine Politik, die neue Chancen für den Osten schafft. Eine Politik, die demokratische Beteiligung für die Betroffenen bietet. Eine Politik, die gerade den jungen Leuten chancengleichen Zugang zu den Schlüsselressourcen des 21. Jahrhunderts – Bildung und Wissen – ermöglicht. Wir haben gute Konzepte, und wir haben Menschen die sie glaubwürdig vertreten können. Es ist an der Zeit, daß wir – Jüngere und Ältere – uns noch mehr um uns selber kümmern.

Ich habe seit 1994 viele Wahlkämpfe bestritten, keiner war so wichtig wie dieser. Ich will gemeinsam mit Euch um dieses Direktmandat kämpfen. Ich weiß, es wird stressig. Es kann aber auch lustig werden. Ich werde nicht alle Erwartungen erfüllen können, aber ich werde mich bemühen. Und wir sollten eines nicht vergessen: Wir haben im letzten Jahr im Bezirk alle acht Direktmandate fürs Abgeordnetenhaus gewonnen. Wir starten gewissermaßen wie Michael Schumacher aus der pole position. Laßt uns diese Chance gemeinsam nutzen!

Sandra Brunner



Foto: Carlos Katins

Sandra Brunner

Jg. 1975, aufgewachsen in Prenzlauer Berg, 1995 Abitur; 1991-95 Mitglied der LandesschülerInnenvertretung und der BundesschülerInnenvertretung; seit 1996 Studium der Rechtswissenschaften; 1996-2000 Vorsitzende des AstA Uni Potsdam; 2001 Mitglied des Kuratoriums des Deutschen Studentenwerkes. 1997 Eintritt in die PDS, seit 2000 organisiert im Bezirksverband Berlin Drei, Landes- und Bundesparteitagdelegierte; 1999-2002 Bundessprecherin von [solid] – die sozialistische Jugend

Besteht nicht die Gefahr, daß der Ärger vieler Leute über den rot-roten Senat sich auf das Wahlergebnis der PDS auswirken kann?

Diese Gefahr ist unbestreitbar. Viele Aufräumarbeiten, vor denen die rot-rote Berliner Koalition steht, werden schwer zu erklären sein. Denn die Ausmaße der Finanzkrise der Stadt, in die uns Diepgen, Landowski & Co. geführt haben, sind unvorstellbar. Da herauszukommen geht nicht ohne soziale und kulturelle Einschnitte, die sich direkt auf die Menschen auswirken.

In Berlin wird es darauf ankommen, daß die PDS trotz aller Sachzwänge zeigt, daß sie zu ihren Prioritäten auch in Regierungsverant-

wortung steht. Dieses Problem wird in dem Maß geringer, in dem die PDS innerhalb der Landesregierung mit einem spezifischen inhaltlichen Profil wahrgenommen wird. Hier sind in der Tat noch viele ungelöste Hausaufgaben zu erledigen.

Die PDS will den Wahlkreis 77 gewinnen – mit Sandra Brunner gegen Thierse, Nooke und wahrscheinlich auch Schulz. Ist das realistisch?

Diese Direktkandidaten-Konstellation im Wahlkreis 77 stellt in der Tat eine Besonderheit dar. Unsere Konkurrenten wollen – wie sie sagen – „den Osten nicht der PDS überlassen“ und uns einen Wettstreit um den „glaubwürdigsten Vertreter

aller Osis“ aufdrängen. Gefragt ist also ein glaubwürdiges und gebrauchsfähiges „Kontrastprogramm“ zu den drei älteren Herren.

Wie setzen ihnen eine Kandidatin entgegen, die ihre Legitimation nicht aus der Vergangenheit schöpft, sondern ihre und unsere Zukunft in diesem Land gestalten will. Ich glaube, daß es uns mit dem Vorschlag Sandra Brunner als Direktkandidatin gelungen ist, diesem Anspruch überzeugend zu entsprechen. Ich bin Sandra dankbar dafür, daß sie sich zu dieser schwierigen Kandidatur bereit erklärt hat. Ich bin mir sicher: wir können diesen Wahlkreis gewinnen.

Interview: Klaus Gloede

<http://www.humannplatz.banditorosso.de>

Erster Mai auf dem Humannplatz

widerspenstig
und lebendig

Bereits zu Beginn des Jahres 1995 fand sich ein breites Bündnis von Organisationen und Einzelpersonen – darunter die PDS des Bezirkes – zusammen, um eine Alternative zu den traditionellen „Begehungsformen“ des 1. Mai in Berlin selbstorganisiert auf die Beine zu stellen. Gesättigt von jährlichen Festtagsritualen, die sich seinerzeit von Kreuzberg in den Prenzlauer Berg zu verlagern drohten, wollten sie im öffentlichen Raum einen Ort schaffen, auf dem offen, widerspenstig und lebendig gefeiert werden kann.

Die Wahl fiel auf den Humannplatz, einen eher unscheinbaren und weniger bekannten Platz im Bezirk. Dennoch wurde schon das erste Fest ein guter Start der Serie, die 2002 bereits in die achte Runde geht.

Inzwischen ist das Mai-Fest eine feste Adresse. Es beginnt in den Mittagsstunden und endet am Abend gegen 21 Uhr. Marktstände, antiquarische linke Literatur, Politmaterialien und Kinderbespaßung, verschiedene Speisen und Getränke, sowie Informationen lokaler Gruppen – von der Volkssolidarität über Antifa-Initiativen bis hin zu Kultur- und Dritte-Welt-Gruppen – sind mittlerweile traditionell.

Zu einem speziellen Magnet hat sich die Wiese vor der Bühne entwickelt, auf welcher Bands von softem Rock über Punk bis Ska zu hören sind und für Stimmung sorgen. Im übrigen wird regelmäßig,



also in den Umbaupausen auf der Bühne, über das Geschehen auf den verschiedenen Maiveranstaltungen in der Stadt zuverlässig informiert.

Da das Fest allein von den Beiträgen der Beteiligten nicht finanziert werden könnte, wird es über den Verkauf von Getränken maßgeblich getragen. Helferinnen und Helfer, Mitwirkende, zum Beispiel die Bands, arbeiten und spielen ohne Honorare oder Entschädigung. Dies prägt das Fest, welches sich gängigen Kommerzialisierungstendenzen bis heute erfolgreich entzogen hat. Für den Ruf des Festes spricht auch, daß sich inzwischen weit mehr Musikbands um Auftritte bewerben, als zeitlich überhaupt im

Programm unterzubringen sind!

Weil sich die vermeintliche Bedrohung des „städtischen Friedens“ durch den Festbetrieb über die Jahre hinweg offensichtlich auch für die Sicherheitsbehörden als irrelevant erwiesen hat, gibt es mittlerweile eine wohlwollende Behandlung des Festes durch die Polizei. Niemand musste in den letzten zwei Jahren mehr befürchten, daß – wie früher handgreiflich – das Fest provoziert oder gar geräumt wird. Zum Schluß eine Programminformation: In diesem Jahr werden die Bands Velvet, Plan 9, Kantig, Cellolitas, Weed und die Ska-Band The Special Guests spielen.

Klaus Lederer



Zu Gast beim Arbeitslosenzentrum

Dank und viel Anerkennung sprach die PDS-Bezirksstadträtin Nehring-Venus den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Arbeitslosenzentrums Prenzlauer Berg, einem Projekt im Arbeitslosenverband, anlässlich des Tages der offenen Tür am 21.3.2002 aus. Die Landesvorsitzende des Arbeitslosenverbandes Berlin e.V., Frau Drögsler, und die Leitende Beraterin Frau Bittner, informierten die zahlreich erschienenen Gäste über die geleistete Arbeit und die vielfältigen Angebote.

Das Arbeitslosenzentrum Prenzlauer Berg (vor einigen Jahren gab es auch in Weißensee und Pankow ein solches Zentrum) existiert seit 1991 in der Paul-Robeson-Straße 10 (Tel/Fax 4 45 20 95). Das Zentrum unterstützt mit Hilfe zur Selbsthilfe bei allen Problemen im Zusammenhang mit drohender oder bereits bestehender Arbeitslosigkeit, mit Hilfe bei der Durchsetzung berechtigter Ansprüche, bei Fragen zum Thema Fort- und Weiterbil-

dung/Fördermöglichkeiten, beim Ausfüllen von Anträgen, bei der individuellen Erstellung von Bewerbungsunterlagen und der Vorbereitung auf Bewerbungsgespräche sowie bei psychosozialen Problemen und Mobbing.

Im ALZ treffen sich zum Beispiel die Selbsthilfegruppen „Englisch“ und „Wandern“. Aber auch kostenlose Auskünfte zu Lohnsteuerfragen können eingeholt und Existenzgründerseminare besucht werden.

Monat für Monat wenden sich zwischen 450-550 Bürgerinnen und Bürger an das ALZ im Prenzlauer Berg. Wer selbst bereits von Arbeitslosigkeit betroffen war, die Sorgen und Ängste in diesem Zusammenhang kennt, weiß den Rat und die Hilfe der sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Zentrum zu schätzen. Die Möglichkeit mit anderen Betroffenen ins Gespräch zu kommen, Erfahrungen auszutauschen, nicht in die Isolation zu ge-

raten, die Ermutigung, sich aktiv zu verhalten – auch dafür gibt das ALZ viele Anregungen. Die Aktivitäten und die Resonanz, die das ALZ findet, beweisen, daß die Begegnungs- und Auskunftsstätte dringend von den Bürgern in der schwierigen Lebenssituation der Arbeitslosigkeit gebraucht wird.

Wo werden sich diese Menschen Hilfe und Unterstützung holen, sollten die derzeitigen Förderungen des Zentrums wie geplant am 12. August dieses Jahres dem Rotstift zum Opfer fallen und das Aus des Arbeitslosenzentrums besiegeln?

Konkrete Zusagen und Hilfen konnte die Bezirksstadträtin in dieser Situation nicht geben. Aber sie versprach, daß sich das Bezirksamt, entsprechend seinen Möglichkeiten, für den Erhalt und die Weiterführung des ALZ als einer wichtigen Einrichtung in der sozialen Infrastruktur des Bezirks engagieren wird.

Renate Tepper



Veranstaltungen zum 8. Mai

Am Sonntag, dem 21. April 2002 finden in den Gedenkstätten der ehemaligen Konzentrationslager Ravensbrück (Beginn 11.15 Uhr) und Sachsenhausen (Beginn 15 Uhr) Gedenkveranstaltungen zum Jahrestag der Befreiung dieser Lager statt. Das Internationale Sachsenhausen-Komitee, die Organisation der überlebenden Häftlinge Sachsenhausens und deren Angehörigen, kommt jedes Jahr zum Tag der Befreiung in der Gedenkstätte Sachsenhausen zusammen. Sie erinnern die Jüngeren an ihr antifaschistisches Vermächtnis und gedenken der Ermordeten.

Vom 15. bis zum 20. April findet im Bezirk Lichtenberg eine Antifaschistische und antirassistische Aktionswoche statt. Höhepunkt ist eine antifaschistische Demonstration am 20. April um 12 Uhr vom U-Bahnhof Tierpark.

Ein Soli-Konzert des Antifaschistischen Aktionsbündnisses III [A3] findet am Freitag, 26.4., um 19 Uhr im Haus der Jugend „Bunte Kuh“, Parkstraße 16, 13086 Weißensee statt. Es steht unter dem Motto „BAMBULE GEGEN BRAUNE SOSSE!“. Spielen werden die Bands: SO FUCKING WHAT; INCORRECT; DEAD KASPER HAUSERS; GEIGER & ZÄHLER.

Am Donnerstag, 25.4., findet von 18 bis 20 Uhr eine Diskussionsveranstaltung der „BürgerInnen gegen Rechts aus Weißensee“ im Jugendclub K14, Achillesstraße 14 in Berlin-Karow zum Thema: „Rechte sind in jedem Club – Gehört der öffentliche Raum in Weißensee den Rechten?“ statt, mit Christine Keil, Jugendstadträtin (PDS), Walter Sablotny, Fachbereichsleiter Jugendförderung im Bezirksamt und Bianca Klose, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus; Moderation Sabine Sey, Reach Out Beratung für Opfer rechter Gewalt.

Über 13.200 sowjetische Soldaten, die in der Schlacht um Berlin starben, haben in Schönholz ihre letzte Ruhestätte gefunden. Nur 2647 Namen sind bekannt. Das Ehrenmal wurde nach fast zweieinhalbjähriger Bauzeit Ende 1949 eingeweiht.

Am 8. Mai finden traditionell Kranzniederlegungen zum Jahrestag der Befreiung an den sowjetischen Ehrenmalen in den Bezirken statt. In unserem Bezirk sind dies das sowjetische Ehrenmal in der Schönholzer Heide, die kleine Gedenkstätte für gefallene Sowjetsoldaten an der Ostseestraße 100, das sowjetische Ehrenmal in Buch und (ehemals zu Weißensee gehörig) das sowjetische Ehrenmal Küstriner Straße in Hohenschönhausen. Die zentrale Veranstaltung der PDS Berlin III findet am 8. Mai um 10 Uhr am Ehrenmahl in der Schönholzer Heide statt. Die genauen Termine für Veranstaltungen an den anderen Orten standen bei Redaktionsschluß noch nicht fest.



Nur umsteigen

Prerower Platz, Sonnabend, am 9. März 2002:

Ich will nur umsteigen ... Nanu, so viel Polizeiautos in der Zingster Straße? Eine Polizeikette nahe Kaufcenter, dahinter verhältnismäßig viele Menschen. Was ist los?

Ah, da ein weißer Schirm ... rote Buchstaben der NPD. Ich habe es zwar eilig, doch da muß ich rüber. Zuerst mal zu denen, die die Trommel schlagen. Vier junge Menschen, die, wie ich höre, sich sonst in einer Kirche zum Musizieren treffen.

Zwei junge Damen treten an mich heran, fragen: „Sind Sie auch gegen die NPD, würden Sie sich in unsere Unterschriftenliste eintragen?“ Sie sind Schülerinnen eines Gymnasiums. „Ja, ich trage mich ein, aber ich schreibe noch dazu, warum ich gegen diese Partei bin.“ Ich komme noch ins Gespräch mit drei jungen Männern, die auch Schüler sind. Alle Achtung, daß sie sich hier mit vielen jungen Leuten gegen die NPD bekennen. Das sage ich ihnen auch. Ich würde mich zu ihnen gesellen, aber ich muß eigentlich eilig woanders hin...

Aber einfach nur so weggehen? Mir fällt ein, was mir mal ein junger Mann an einem Wahlstand der NPD, auch hier am Prerower Platz geantwortet hat, hier, fast an der gleichen Stelle.

Festen Schrittes gehe ich vor der Polizeikette auf die vier jungen Leute am NPD Stand zu, sage mit erregter Stimme und vielleicht dadurch auch sehr laut: „Warum sagen Sie den jungen Leuten nicht, daß Ihre Partei die Grenzen verändern will? Grenzveränderungen haben immer Konflikte gebracht, bringen Konflikte und ob sie die überleben werden oder meine Enkelkinder, ist sehr fraglich. Grenzveränderungen können nicht Ziel der deutschen Jugend sein!“

Einer der jungen Männer will etwas sagen, doch ein Älterer gibt mit der Hand ein Zeichen und fragt mich dann: „Woher wissen Sie, daß wir Grenzen verändern wollen?“ „Das haben mir junge Leute Ihrer Partei hier, am Prerower Platz, an Ihrem Wahlstand gesagt. Außerdem hat das auch Ihr Vorsitzender, Herr Voigt gesagt. Er hat in seinem Büro

in der Werner-Seelenbinder-Straße dem Fernsehen ein Interview gegeben, das wurde ausgestrahlt. Er sagte, sie wollen ein Deutschland von der Maaß bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt.“

Einige Leute hinter der Postenkette klatschen. Danke, oh das tut gut.

Nun muß ich wirklich schnell weiter. Ich gehe an der Polizeikette vorbei. Einige der Polizisten und Polizistinnen nicken mir zu und lächeln auch. Danke, das tut besonders gut.

An der Straßenbahnhaltestelle stehend und mit etwas weichen Knien, spricht mich ein junger Mann an: „Danke, es ist für uns wirklich wichtig, wenn uns auch ältere Menschen unterstützen.“ „Das hier ist doch unser aller Anliegen“, antworte ich. Er ist 18 Jahre alt und Schüler. Ich bin fast 70 Jahre alt und habe als Weibenseer Schülerin doch alle Kriegsjahre und die Notjahre nach 1945 erlebt.

Viele Gedanken, viele Eindrücke, hier, bloß beim Umsteigen, am Prerower Platz.

Ilse Ehreke



Interview mit Marian Krüger, MdA

Kita-Tour im Norden

Anfang März haben die Jugendstadrätin Christine Keil und Marian Krüger (MdA) einige Kitas in Blankenburg und Karow besucht. Welche Erwartungen und Kritiken es an der Rot-Roten-Koalition gibt erfuhrt „Extra-Drei“ von Marian Krüger, Mitglied im Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses:

Die Kitas sind von erheblichen Personaleinsparungen betroffen, wie wird man da als PDS-Politiker empfangen?

Höflich, selbstverständlich. Natürlich bekommen wir die Frage gestellt, warum wir in den Koalitionsverhandlungen die Kürzungen nicht verhindert haben. Ich finde, wir müssen an dieser Stelle den Leuten reinen Wein einschenken: Wir haben hier schlichtweg eine Niederlage erlitten und unsere Positionen gegenüber der SPD nicht durchsetzen können. Was wir noch verhindern konnten, ist die Vollprivatisierung der Kitas und eine Erhöhung der Kita-Beiträge. Mein Eindruck ist, daß es schon eine gewisse Einsicht dafür gibt, daß kein Bereich von Einschnitten verschont bleibt, aber von der PDS werden dreierlei Dinge erwartet: Daß wir das Größte verhindern, daß wir uns dem Dialog mit den Betroffenen stellen und deren soziale Kompetenz ernst nehmen und daß wir dafür sorgen, daß nicht nur an der Basis, sondern auch an der Spitze der Verwaltung gespart wird. Haushaltspolitik darf nicht abgehoben sein.

Das hört sich schön an. Aber was heißt das für Dich konkret?

Das Improvisationstalent und das Engagement der Mitarbeiterinnen ist für mich etwas sehr Beachtliches. Ohne das würde in den Kitas vieles nicht mehr laufen. In der Landespolitik ist man sich dessen nicht immer bewußt. In Blankenburg, zum Beispiel, gibt es eine Kita, da steht Wasser im Keller, ein hochsanierungsbedürftiges Objekt. Dennoch haben die Mitarbeiter zusammen mit den Eltern erhebliche Eigeninitiativen ergriffen, um

Renovierungsarbeiten durchzuführen und Geld beispielsweise für neue Teppiche und Spielzeug zu sammeln. Hier wird unter widrigen Umständen alles dafür getan, damit die Kinder gut umsorgt sind. Wenn der Senat schon den Sanierungsbedarf in den Kitas nicht befriedigen kann, sollte er derartige Initiativen fördern und motivieren. Sehr ausführlich haben wir über das Problem der Übertragung von Kitas an private Träger gesprochen. Ich habe einige konkrete Einwände gehört, die ich auch im Parlament thematisieren werde.

Die GEW fordert seit langem ein Kita-Sanierungsprogramm, wie steht Rot-Rot dazu?

In der Koalitionsvereinbarung haben wir uns darauf verständigt, die Möglichkeiten für ein solches Programm zu prüfen. Im Doppelhaushalt 2002/2003 wird es dafür aber keine finanziellen Spielräume geben.

Allerdings gibt es nicht nur Kitas, die in einem so schlechten baulichen Zustand sind, wie in Blankenburg. Die beiden Kitas in Karow sind sanierte beziehungsweise neu gebaute Einrichtungen. Auch hier gibt es viel Eigeninitiative der Eltern und der Mitarbeiter, die gefördert werden sollte. Wenn es ein Kita-Sanierungsprogramm geben sollte, dann müssen seine Eckpunkte gemeinsam mit den Bezirken als dem Träger der kommunalen Kitas diskutiert werden.



Ich habe den Eindruck, daß es sehr schwer werden wird, ein Schulsanierungsprogramm, das immerhin trotz Haushaltsnotlage weitergeführt wird und daneben noch ein Kita-Sanierungsprogramm zu finanzieren.

Interview: Wolfram Kempe

Arbeit ist die große Selbstbegegnung des Menschen.
 Würfte er sonst, wer er ist?
 Sammelt er das Wasser am Staudamm,
 so sammelt er sich.
 Läßt er sich gehen,
 so ist er nur Wasser, das verrinnt.
 Facht er das Feuer an im gemauerten Ofen,
 so ist er es, der wärmt.
 Wütet er, ist er nur Feuer,
 das Städte und Länder frißt.
 Geht er nicht die Bahnen der Sterne,
 bleibt er das grasende Vieh.
 Fühlt er nicht die Sehnsucht der Menschheit,
 ist er der Stein, der erschlägt.

Georg Maurer

Ratlos. Alternativlos. Inakzeptabel.

Aus dem
Abgeordneten-
haus

Mit den Stimmen von SPD und PDS beschloss das Abgeordnetenhaus ein Gesetz, mit dem sich das Land Berlin verpflichtet, alle Verluste aus dem Immobiliengeschäft der Bankgesellschaft Berlin bis zu einer Höhe von 21,6 Milliarden Euro zu übernehmen und damit auf 30 Jahre den Landeshaushalt jährlich mit bis zu 300 Mio. Euro zu belasten.

Alle Fraktionen betonten die Ungeheuerlichkeit dieses Vorgangs und zugleich aber auch ebenso einmütig, daß es hierzu keine vernünftige Alternative gäbe, weil die Insolvenz der Bank das Land noch teurer zu stehen käme (bis zu 1,5 Mrd. Euro jährlich) und unkalkulierbare Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung Berlins und der Region heraufbeschwöre (Anschlußkonkurse zahlreicher Klein- und Mittelständischer Unternehmen, sowie der kommunaler Großunternehmen).

Die Risiko-Abschirmung der Bankgesellschaft Berlin gegen La-

sten aus den Immobiliengeschäften der letzten 10 Jahre seitens der öffentliche Hand mag fiskalisch und wirtschaftspolitisch alternativlos sein, sie ist aber ebenso gesellschaftspolitisch inakzeptabel.

Hier deckt die öffentliche Hand Verluste aus überbewerteten Immobilienkäufen, unseriösen Garantien für Fondsanleger, von Beginn an unrentabel konstruierten Bauprojekten. Damit sichert sie zugleich Gewinne aus höchst spekulativen Geschäften. Das Geld ist nicht verschwunden, sondern wurde umverteilt. Grundstücksverkäufer erzielten Extragewinne. Geschäftsführer, Fondsmanager, Berater, Vermittler, Verkäufer strichen extraordinary Gehälter, Provisionen, Gewinnbeteiligungen von Hunderten Millionen DM ein. Gewinne werden privatisiert und Verluste sozialisiert. Auch wenn der Eigentümer dieses Pleiteunternehmens im wesentlichen die öffentliche Hand ist, stellt sich die Frage in wiefern man die Bürger in die Haftung für die Miss-

wirtschaft ihrer Banker und Politiker nehmen kann, ohne daß diese auch haften.

Hinzukommt, daß beim jetzt beschrittenen Weg die Strukturen wenigstens für die entscheidenden kommenden Monate und Jahre erhalten bleiben und die Nutznießer des Systems nicht an den Verlusten beteiligt werden und viele von ihnen weitermachen können.

Letztlich manövriert sich die Rot-Rot-Regierungskoalition in die politische Handlungsunfähigkeit. Wie will sie Solidarität einfordern von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und Verständnis für die Zumutung eines rapiden Abbaus von Leistungen der öffentlichen Hand für die Berliner Bevölkerung, wenn sie zugleich solch immense Summe jährlich an die Bank rüberschiebt. Der Verweis, daß dies das kleinere Übel sei, wird da nicht helfen. Eine Politik des kleineren Übels ist keine sozialistische Politik.

Michail Nelken, MdB

Monika Köpp



... herzlichen Glückwunsch zum 70. – und nochmals vielen Dank für andere Blicke in den Pankower Alltag in den zehn Jahren des „Pankower Spiegels“.



Alltag

■ Was neues

Dem Programm „Stadtumbau Ost“, das der Bund aufgelegt hat, geht ein Wettbewerb voraus. Im Bezirk beteiligen sich daran drei Gebiete: Buch, die Neumannstraße sowie der Ortsteil Prenzlauer Berg. Ab Juni sollen die Bewohner über die Ideen, die eingereicht werden, informiert werden. Zur Mitsprache bleibt dann allerdings nicht viel Zeit: die Wettbewerbsbeiträge müssen am 25. Juni eingereicht werden.

■ Skater-Routen

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ist an die Bezirke mit Bitte herangetreten, ihr Straßen im jeweiligen Bezirksgebiet als Routen für Inline-Skater vorzuschlagen. Der Großbezirk hat die Straße „Am Luchgraben“ benannt. Die Prüfung dieses Vorschlages durch die Senatsverwaltung ist noch nicht abgeschlossen.

■ Stadtgrün

Seit 1990 wurden im Großbezirk 69 Dächer begrünt. Davon befinden sich 32 in Pankow, 26 im Prenzlauer Berg und 11 in Weißensee. Als Grund für die eher magere Bilanz gibt das Bezirksamt vor allem technische Probleme an: vor allem die Dächer von Altbauten - also der bei weitem überwiegenden Bausubstanz - sind nicht dafür geeignet, das Gewicht einer Begrünung aufzunehmen. Da also vor allem Neubauten dafür in Betracht kommen, tauchen auch nur ganze 4 öffentliche Gebäude in dieser Bilanz auf. Eine Besserung der Bilanz, insbesondere im Bereich der öffentlichen Hand, ist angesichts der Haushaltslage des Landes Berlin nicht in Sicht.

■ Leerstand

In der Verwaltung des Bezirkes befinden sich zur Zeit 14 öffentliche Gebäude, die leer stehen. Vier davon unterliegen dem Denkmalschutz, zwei sollen an den

Liegenschaftsfond abgegeben werden, für weitere sechs sind Nutzungen geplant. Daß in den Jahren 2000 und 2001 lediglich für ein Objekt 8.000 DM zur Sicherung ausgegeben worden sind, kann nicht wirklich beruhigen: Jeder weiß, daß ein leerstehendes Haus nach kürzester Zeit nur mit erheblichem Aufwand wieder genutzt werden kann.

■ Zukunftsmusik

Über die Perspektiven des Rangierbahnhofes an der Granitzstraße wird es über kurz oder lang zu einem Konflikt zwischen der Deutschen Bahn AG und dem Land Berlin kommen. Die Bahn möchte das Gelände gern verkaufen, die Planung des Landes sieht die Weiternutzung als Bahnanlage vor. Gemäß des „Güterverkehrskonzeptes Berlin-Brandenburg“ und des „Stadtentwicklungsplanes Gewerbe“, der am 14. September 1999 beschlossen wurde, soll hier ein sogenanntes Güterverkehrszentrum entstehen. Ob es zu einer Entwidmung, die für die Pläne der Bahn notwendig wäre, kommt, ist fraglich und auch nicht wünschenswert: Eine Entlastung der Verkehrssituation im Bezirk ist letztlich nur zu erreichen, wenn der Güterverkehr auf der Schiene so weit wie möglich in die Stadt hineingeführt werden kann. Bei den sich abzeichnenden Auseinandersetzungen sitzt der Bezirk in der Rolle des Beobachters jedoch einstweilen am Katzentisch.

■ Am kurzen Hebel

Das Gelände der Königstadt-Brauerei in der Saarbrücker Straße wird in den Liegenschaftsfond überführt. Dieser bereitet eine Ausschreibung zum Verkauf noch im April vor. Die auf dem Gelände ansässige Genossenschaft, die seit Jahren die Gebäude bewirtschaftet und deren Substanz erhält, hat zwar schon im Januar ihr Kaufinteresse

bekundet, sie wurde aber auf das Bieterverfahren verwiesen, was im Klartext heißt, sie muß sich hinten anstellen. Ob die Genossenschaft mit ihrem Konzept selbst bei Wohlwollen des Bezirkes in diesem Verfahren Erfolg hat, bleibt angesichts des Verwertungsdruckes, der auf diesem innerstädtischen Gelände liegt fraglich.

■ Fragwürdige Praxis

Wenn es um das neofaschistische Potential und rechtsextreme Vorfälle im Bezirk geht, läßt die Senatsverwaltung für Inneres die Bezirksamter am langen Arm verhungern. Erkenntnisse des Staatsschutzes und des Verfassungsschutzes erreichen den Bezirk als Verschlusssache, die zunächst vom „bezirklichen Geheimschutzbeauftragten“ „ausgewertet“ werden. Die Kriterien, nach denen dies geschieht, sind nicht bekannt. Eigene Erkenntnisse kann das Bezirksamt auf Grund seiner Stellung innerhalb der Berliner Verwaltungshierarchie allerdings auch nicht gewinnen. Aber selbst über die als nicht mehr geheim eingestuften Erkenntnisse, die das Bezirksamt erreichen, führt es keine Statistik. Irgendwann - wenn wieder ein Kind im Brunnen liegt - werden alle aus dem Mußtopp kommen.

■ Statistik

Mit Stand Februar 2002 wurden im Bezirk 2.131 Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge von der Abteilung Gesundheit und Soziales betreut. Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden im Bezirk in bar - wenn es sich um den Lebensunterhalt handelt - oder über Kostenübernahmescheine - für einmalige Anschaffungen wie Möbel - ausgereicht. Zuständig ist eine zentrale „Arbeitsgruppe Asyl“, die im Bezirksamt in der Fröbelstraße angesiedelt ist.

In eigener Sache



Gut ein Jahr, elf Ausgaben von extraDrei – Zeit zu fragen, wie das PDS-Blatt bei Leserinnen und Lesern ankommt, wie die Redaktion es verstanden hat, Kommunalpolitik demokratischer Sozialisten, Prozesse linker, alternativer Politik im Großbezirk darzustellen.

Wie nicht anders zu erwarten, gab es sehr unterschiedliche Reaktionen. Von Ermutigung, Zustimmung bis Ablehnung reicht die Skala der Meinungen. Im Bezirksvorstand, auf dem Basistag und in zahlreichen Leserbriefen gab es Kritik, Vorschläge und Hinweise. Die Redaktion hat alles intensiv beraten und wird sich bemühen, Qualität und Wirksamkeit von extraDrei weiter zu erhöhen. Wir werden sicher auch

künftig nicht alle Erwartungen erfüllen, aber – auch das sei gesagt – manchen Vorschlag wollen wir nicht aufnehmen, weil er nach unserer Auffassung nicht der Meinung der Mehrzahl der Leser entspricht. Zu einigen Positionen wollen wir kurz unsere Auffassung darstellen:

1. Zur Zielgruppe. „Die Zeitung richtet sich“, so wie es der Bezirksvorstand im Februar 2001 beschlossen hat, „an Mitglieder und Sympathisanten der PDS, zielt auf das Interesse politisch aktiver Bewohner und ihrer Organisationen.“ Die Zeitung muß auf den ersten Blick als PDS-Blatt (Seite 1 – Logo und Farbe Rot) erkennbar sein. Inhaltlich dient die Zeitung nicht dem Selbstverständnis und der Selbstdarstellung der PDS, sondern der „Widerspiegelung der politischen Prozesse im Bezirk, innerhalb der PDS, durch die PDS und neben der PDS“. Dies wollen wir künftig konkreter, streitbarer, mit mehr Informationen, auch „Hintergründen“ und Argumenten tun.

2. Zum Inhalt. Die PDS hat im Bezirk eine wichtige politische Verantwortung übernommen. Kommunalpolitik sinnvoll und verträglich

für den Bürger zu gestalten, bedarf des politischen Handelns in den Dimensionen des Großbezirks. Wir werden auch künftig deshalb keine Extraseiten für die ehemaligen Bezirke machen, sondern an Schwerpunktthemen wichtige Prozesse darstellen. Das schließt ein: Alltag im Bezirk, Kieznachrichten, Bürgernähe und Transparenz sowie am Ball sein, wo Bürgern der Schuh drückt. Hier wünschen auch wir uns mehr Autoren, zum Beispiel aus den Basisorganisationen.

3. Zur Gestaltung. Die Redaktion bekennt sich, und findet dabei insbesondere die Unterstützung jüngerer Leser, zum gegenwärtigen modernen Layout. Seite 1, von vielen als Platzverschwendung kritisiert, ist stets auf den Bezirk bezogen und macht das Blatt unverkennbar. Schlagkräftigere Überschriften, informativere Nutzung der Marginalienspalten, Veränderungen in der Bild- und Schriftgröße sind berechnete Forderungen.

Die Redaktion bedankt sich für viele Vorschläge und Anregungen. Wir wünschen uns weiterhin kritische Begleitung und hoffen auf viele Zuschriften unserer Leser.

WANNWOWASWANNWOWASWANN

21. April
18 Uhr Jour fix „Landtagswahlen in Sachsen Anhalt“, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

25. April
16 und 19 Uhr Basistag der PDS Berlin Drei, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

27. April
10 Uhr Vertreter/innen-Versammlung der PDS Berlin zur Aufstellung der Landesliste für den 15. Bundestag (Wahl am 22.9.2002), im Courvushaus, Herzbergstraße 84 (Lichtenberg)

15 Uhr Eröffnung „Interkulturelles Haus“ mit Tag der offenen Tür, ab 18 Uhr Fest der Projekte, Schönfließener Straße 7 (Prenzlauer Berg)

29. April
19 Uhr „100 Tage Rot-Rot“, zu Gast: Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit; im Freizeithaus Weißensee, Pistoriusstraße 23

1. Mai
Humannplatzmaifest „widerspänstig und lebendig“ (siehe Seite 6 in diesem Heft)
10 Uhr Mai-Fest an der Bötzw-Eiche (PDS-OV Bötzwviertel)
15 Uhr Maifeier Kieztreff Weißensee, Pistoriusstraße 24

8. Mai
Tag der Befreiung (Veranstaltungen siehe Seite 7 in diesem Heft)

10. Mai
10 bis 13 Uhr „Lesen gegen das Vergessen“, auf dem Bebelplatz

14. Mai
19.30 Uhr BötzwFORUM: „Gysi 100 Tage – Innovationsschub für Berlin?“, Kurt-Tucholsky-Bibliothek, Esmarchstraße 18

21./22. Mai
Aktionen und bundesweite Friedensdemonstration anlässlich des Besuches Bushs in Berlin (bitte Aufrufe in der Tagespresse beachten)

25. Mai
10 Uhr 1. Tagung der 2. Hauptversammlung der PDS Berlin Drei: Wahl des neuen Bezirksvorstandes, im Tagungssaal der BVV, Bezirksamt Fröbelstraße 17

1. Juni
14 bis 20 Uhr Kinderfest auf dem Kollwitzplatz (PDS-OV Kollwitzplatz)

Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.pds-berlin-drei.de
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

Verantwortliche Redakteure: Renate Tepper, Klaus Gloede und Wolfram Kempe

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 11. April 2002
Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe: 9. Mai 2002
Auslieferung der nächsten Ausgabe: 16. Mai 2002

Druck: double express Auflage: 14.000

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 831-505. Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.